



BLITZINFO

Oktober 2015

Polizeiwerkschaft beendet ihre Untätigkeit!

Personallüge eingestanden - Jetzt muss gehandelt werden!

Als die AUF/FEG im Sommer 2014 in ihrer Demonstration "5 vor 12" vor dem Bundeskanzleramt auf die wachsenden Probleme in Zusammenhang mit einer verlogenen Personalpolitik der Bundesregierung aufmerksam gemacht hat, haben uns FSG und FCG noch schäbigen Populismus und Panikmache vorgeworfen und trotz höflicher Einladung nicht an der Kundgebung teilgenommen.

Die Personalvertreter der FSG schauten der Demo aus der Ferne zu, anstatt nur einmal im Leben die Ärmel hochzukrempeln und aktiv für die Kolleginnen und Kollegen da zu sein.

Heuer im August haben wir eindringlich darauf hingewiesen, dass weitere Belastungen für die Polizistinnen und Polizisten untragbar sind!

absolute Ausnahmesituation und erfordert **dringend Maßnahmen, die vor allem möglichst rasch greifen müssen.**

Die Kolleginnen und Kollegen kommen nicht mehr aus den Stiefeln.



Jede Forderung nach mehr Personal ist gut und absolut zu unterstützen, bringt uns aber unmittelbar keine Entlastung. Daher gilt es jetzt, **kurzfristige Maßnahmen** zu setzen, ohne die mittelfristigen Ziele aus dem Auge zu verlieren.

In dieser prekären Situation ist es natürlich wenig hilfreich, wenn die Staatssekretärin Sonja STESSL (SPÖ) plötzlich wieder **Überstunden** im öffentlichen Dienst **einsparen** will. Die Exekutive soll angeblich ausgenommen werden. Aber wir kennen ja diese Ausnahmen schon zur Genüge.

Zur Lösung der unmittelbaren Problematik darf es daher keine finanziellen Bremsklötze oder ideologische Tabus geben.

Die FEG hat daher ein Forderungspaket an die Regierung erstellt, mit dem Ziel, die Situation für die Exekutive rasch zu verbessern und den Schutz der Kolleginnen und Kollegen als oberste Prämisse zu gewährleisten (siehe Mailanhang).



Ja sogar noch Anfang Oktober 2015 wurde uns von "sozialdemokratischen" Genossen erzählt, dass es gelungen sei, den Personalstand der Exekutive allein in Wien um 1.000 Beamte aufzustocken.

Jetzt plötzlich

nach geschlagenen Wahlen - wo der Polizeiapparat zusammen zu brechen droht - gesteht man "5 **nach** 12" die **Personallüge** ein und gibt zu, dass mindestens 2.000 Beamte fehlen. Und während die einen nun das **rote Bundeskanzleramt** in der Pflicht sehen, gehen die anderen auf das **schwarze Innenministerium** los.

Nicht Schuldige, sondern Lösungen finden!

Für die AUF/FEG ist es müßig und überflüssig, jetzt noch nach Schuldigen zu suchen. Was wir dringend finden müssen, sind nicht Schuldige sondern **Lösungen**. Die derzeitige Lage ist eine



SCHLUSS
mit der
PERSONALLÜGE
SCHLISSUNG VON DIENSTSTELLEN
AUSBEUTUNG DER EXEKUTIVE
VERWALTUNGSVERVIELFACHUNG

Es ist Zeit, den verantwortlichen Politikern klar zu machen, dass es so nicht weitergehen kann. Die AUF/FEG wird der österreichischen Bundesregierung und dem Nationalrat die nachfolgenden 4 Positionen übergeben, in die wir sie auffordern, der Exekutive endlich die Wertschätzung entgegen zu bringen, die ihr zusteht. Zur Verstärkung unserer Forderungen veranstalten wir eine

Protest-Kundgebung

Ballhausplatz vor dem
Bundeskanzleramt
Mittwoch den 11. Juni um



SPÖ-Abgeordneter PENDL damals:
„Habe kein Verständnis für dumme und populistische Aktionen der AUF!“